

Längerfristige Schließungen abgelehnt – Studie zeigt auf, welche COVID-Maßnahmen akzeptiert und präferiert werden

Neue Studie zu Bevölkerungspräferenzen im Zusammenhang mit Corona-Maßnahmen zeigt u.a. auf: Kurzfristige Kontaktbeschränkungen werden akzeptiert, längerfristige Schließungen von Schulen und Kindergärten sowie strikte Ausgangssperren hingegen abgelehnt. Und: 2/3 der Bevölkerung ist bereit finanzielle Einbußen zu tragen.

Eine wissenschaftliche Studie der Hochschule Neubrandenburg untersuchte anhand von mehr als 3.000 Teilnehmenden, welche Maßnahmen die Bevölkerung im Zusammenhang der Corona-Pandemie bevorzugt und welche sie ablehnt. Politische Entscheidungsträger konnten bisher nicht auf Informationen über die Bevölkerungspräferenzen zurückgreifen und somit blieb unklar, inwieweit die Bürger*innen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie unterstützen und inwieweit sie bereit sind, wirtschaftliche oder gesundheitsbezogene Konsequenzen zu akzeptieren.

Die Ergebnisse der Neubrandenburger Hochschulstudie zeigen im Wesentlichen auf, dass

- a) kurzfristige Maßnahmen zu Kontaktbeschränkungen akzeptiert, aber mehrwöchige Schließungen von Schulen und Kindergärten sowie strikter Ausgangssperren abgelehnt werden.
- b) das individuelle Einkommen von großer Bedeutung ist.
- c) das individuelle Ansteckungsrisiko wichtig ist, wobei konkrete Informationen zur Übersterblichkeit nicht verstanden werden.
- d) der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes eine nachgeordnete Rolle bei der individuellen Beurteilung der Maßnahmen spielt.
- e) 1/3 der Bevölkerung restriktive Maßnahmen (Motto „Sicherheit geht vor“) einfordert, fast 2/3 der Bevölkerung sich hauptsächlich am Rückgang des individuellen Einkommens (Motto „Bitte keine individuellen Einbußen“) orientiert und ein kleiner Teil der Bevölkerung die Maßnahmen nicht gut findet, aber bereit ist, individuelle Einbußen auch in Kauf zu nehmen (Motto „Finde Maßnahmen nicht gut, nehme Einbußen aber in Kauf“).

Sind die Bürger bereit, wirtschaftliche Verluste in Kauf zu nehmen, und wenn ja, in welchem Ausmaß?

Sind die Bürger bereit, eine erhöhte Übersterblichkeitsrate zu akzeptieren, um die Wirtschaft zu stabilisieren? Welche finanziellen Verluste würden die Menschen während einer Pandemie hinnehmen?

Welches individuelle Ansteckungsrisiko sind die Menschen bereit zu akzeptieren? Welche Rolle spielt die Datensicherheit bei der Verwendung einer Corona-App?

Ziel dieser Studie war es, diese und ähnliche Fragen zu beantworten und die Präferenzen der Bevölkerung zu analysieren. Die Ergebnisse der Studie liegen nun vor und können Politikern und anderen Entscheidungsträgern dabei helfen, nachhaltige Entscheidungen zu treffen, welche die Perspektive der Bevölkerung berücksichtigen. Das Verständnis und die Berücksichtigung der Präferenzen der Bevölkerung kann schließlich zu einer besseren Akzeptanz politischer Entscheidungen führen. Damit können zukünftige Entscheidungen über restriktive politische Interventionen während einer Pandemie in Übereinstimmung mit der Bevölkerung getroffen und leichter und nachhaltiger umgesetzt werden.

Weiterführende Informationen zur Studie und Methode:

Zusammenfassung Studie – siehe Anlage (PDF)

<http://www.coronapreferences.info/>